

Es gilt das gesprochene Wort!

Liebe Genossinnen und Genossen,

mein Name ist Chris Henze, ich wurde am 11. Januar 1982 geboren und bewerbe mich heute um die Direktkandidatur zur Landtagswahl 2021 im Wahlkreis 28 – Bitterfeld-Wolfen.

Ich bin seit 2005 Mitglied der SPD, habe in den Jahren einige ehrenamtliche Ämter wahrgenommen, darf als gewählter Stadtrat Kommunalpolitik machen und möchte dieses Engagement für meine Heimat gern ausdehnen und in die Landespolitik tragen.

Meine Familie und ich sind 1989 vom beschaulichen Oppin nach Wolfen-Nord gezogen. Was für eine neue, große Welt für einen siebenjährigen Jungen, gepaart mit den großen gesellschaftlichen Veränderungen dieser Zeit. Es war alles neu, aufregend, anders – im Kleinen für mich, wie im Großen für alle. Die Jahre vergingen, Wolfen-Nord wurde kleiner – so viele Menschen, Bekannte, Freunde, die gingen. Auch für meine Eltern wurde es schwieriger – Arbeitslosigkeit, Umschulungen, wieder Arbeitslosigkeit. Man möchte fast sagen: ganz normale Nachwende-Biografien. Ich selbst nahm diese Veränderungen als Heranwachsender wahr. Ich machte Bekanntschaft mit Rechtsextremismus, der sich gefühlt stark ausbreitete. [kurze Pause] Ich weiß noch wie es war, als wir 1997/ 1998 auf den Realschulabschluss zusteuerten und bei uns allen Unsicherheit herrschte, was nun kommt. Findet man einen Ausbildungsplatz? Kann man in der Heimat bleiben?

Seit dieser Zeit sind mehr als 20 Jahre vergangen. 20 Jahre, in denen ich mein Studium abgeschlossen habe, beruflich bei der SPD Tritt gefasst und eine wunderbare Familie gegründet habe. Und so wie ich persönlich mich entwickelt habe, hat sich unsere Heimat verändert, und ja, auch entwickelt. Eine Region, die 1990 als ungeheuer schmutzig galt, lockt heute Leute her, um Urlaub zu machen. Oder um zu arbeiten Während in der ersten Hälfte der 1990er Jahre massenhaft Arbeitsplätze wegfielen, hat sich über die Jahre unsere heimische Wirtschaft wieder entwickelt. In Zörbig hat sich bspw. ein führender Hersteller für Biokraftstoffe angesiedelt. Sandersdorf-Brehna hat sich von einer Nehmerkommune zu einer Geberkommune in Sachsen-Anhalt entwickelt, wo derzeit eine der modernsten Papierfabriken weltweit entsteht. In Bitterfeld-Wolfen ist das größte zusammenhängende Industriegebiet Europas entstanden, wo über 13 000 Menschen in 360 verschiedenen Betrieben einer Tätigkeit nachgehen. Ich finde darauf können wir stolz sein, anstatt immer nur zu meckern, wie schlimm alles ist.

Liebe Genossinnen und Genossen,

mit einem scharfen Blick auf die Strukturen hier bei uns vor Ort möchte ich mich im Landtag für eine gute Wirtschaftspolitik einsetzen, die nicht nur neue Ansiedlungen im Blick hat, sondern auch die

Es gilt das gesprochene Wort!

bereits bestehenden Unternehmen unterstützt. Ich denke dafür brauchen wir Finanz- und Förderangebote in Form von zinsgünstigen Darlehen und Bürgschaften für kleine und mittlere Unternehmen. Sinnvoll finde ich auch, Regionalbudgets zur Stärkung der regionalen Wirtschaftsförderung einzuführen.

Unsere Heimat war vor gut 10 Jahren bereits einmal Vorreiter für Zukunftstechnologie. Trotz immer möglicher Rückschläge sollten wir konsequent auf Zukunftstechnologie und Nachhaltigkeit setzen. Neben der noch ansässigen Solarzellen-Herstellung hat sich mit der Progroup ein weiteres Unternehmen angesiedelt, das umweltschonend Wellpappe herstellt und mit Farasis steht ein weiteres Unternehmen vor der Tür, das mit der Produktion von Batteriezellen für Elektroautos auf ein wichtiges Zukunftsthema setzt. Ich möchte mich daher auch dafür einsetzen, dass wir einen stärkeren Fokus auf die Schaffung von geschlossenen Stoffkreisläufen und die Herstellung von klimaneutralen Produkten legen. Aus diesem Grund sollten wir auch Unternehmen, die im Bereich Klimaneutralität und CO₂-Reduzierung tätig werden wollen, eine Forschungsstarthilfe zur Verfügung stellen.

Liebe Genossinnen und Genossen,

ich persönlich glaube, dass die Sozialdemokratie immer dann am stärksten ist, wenn sie die sozialen Fragen genauso im Blick hat wie die wirtschaftlichen. Gute sozialdemokratische Wirtschaftspolitik bedeutet daher nicht nur Rechte, sondern auch Pflichten für Unternehmen.

Niedriglöhne sind noch immer ein Standortnachteil für Sachsen-Anhalt. Sie erschweren Fachkräftegewinnung und fördern Abwanderung. Der von uns durchgesetzte Mindestlohn hat extremes Lohndumping beendet, aber ohne den Ausbau von tarifgebundener Beschäftigung ist das Grundproblem nicht zu lösen. Unser Ziel bleibt: Wer Vollzeit arbeitet, soll so viel Lohn erhalten, dass er am Ende des Tages nicht beim Amt vorstellig werden muss. An dieser Stelle müssen das Land und die Kommunen mit gutem Beispiel voran gehen. Ich möchte mich daher für das Tariftreue- und Vergabegesetz einsetzen, welches bisher von der CDU konsequent verhindert wird. Auch die Ansiedlungs- und Investitionsförderung muss sich stärker dem Ziel der Tarifbindung verpflichten.

Ein weiterer Punkt, der mir wichtig ist: Demokratie endet nicht am Werkstor. Die organisierte Mitbestimmung ist eine wesentliche Voraussetzung für gute Arbeitsbedingungen und dafür benötigen wir starke Betriebsräte. Daher ist es wichtig die Gewerkschaften dabei zu unterstützen, Betriebsräte zu gründen und so zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen beizutragen.

Lassen wir andere dem Wahn folgen, „das Soziale mit dem Nationalen versöhnen“ zu wollen –für mich persönlich ist das übrigens das Widerwärtigste, was ich in jüngerer Vergangenheit aus einer Partei der Mitte gehört habe. Wir sollten uns als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten

Es gilt das gesprochene Wort!

vielmehr der Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik widmen, unsere heimische Wirtschaft unterstützen und weiter fördern sowie wichtige soziale Fragen anpacken.

Ein weiteres großes und wichtiges Thema ist für mich die Bildungspolitik. Sie ist der Schlüssel zu allem – persönlicher Aufstieg, eine friedliche Zukunft, ein vernünftiges gesellschaftliches Miteinander und Zusammenhalt. Da Bildung für alle ein Hauptziel sozialdemokratischer Politik sein muss, möchte ich mich dafür einsetzen, dass wir im Bereich der frühkindlichen Bildung zu einem beitragsfreien Ganztagsanspruch für alle kommen. Frühkindliche Bildung und Vereinbarkeit von Familie und Beruf sind Zukunftsinvestitionen. In der Schulpolitik müssen wir das Ziel des längeren gemeinsamen Lernens erreichen. Aus diesem Grund müssen die Gemeinschaftsschulen ausgebaut und gefördert werden, anstatt sie zu verhindern. Die Schulen müssen auch so weiterentwickelt werden, dass sie neben Fachwissen auch Kenntnisse über unsere Gesellschaft und unseren Zusammenhalt vermitteln. Respekt, Toleranz und Demokratie müssen im Schulalltag gelebt werden. In Zeiten von Fake News und Verschwörungstheorien müssen junge Menschen stark gemacht werden, um für die eigene, begründete Meinung einzutreten, Informationen kritisch zu hinterfragen und mit Respekt anderen gegenüber zu treten. Um die fast unerträgliche hohe Schulabbrecherquote weiter zu verringern, möchte ich mich für den Erhalt und Ausbau der Schulsozialarbeit einsetzen.

Bildungspolitik ist aber nicht nur Schulpolitik. Auch die berufliche Bildung und die Ausbildung sind ein wichtiger Grundpfeiler, gerade für unsere Region. Jugendliche haben heute ungeahnte Möglichkeiten ihr Leben zu gestalten. Für einige ist die Frage nach dem richtigen Beruf zu einer großen Herausforderung geworden und Eltern können nicht immer mit Rat und Tat zur Seite stehen. In Sachsen-Anhalt gibt es verschiedene Angebote, die Schülerinnen und Schülern Orientierungshilfe bei der Berufswahl bieten. Diese Programme helfen geeignete Berufe zu finden und müssen auch weiterhin in allen Schulformen fester Bestandteil der Beratungskultur sein. Ziel muss es sein, die duale Ausbildung oder das duale Studium als attraktive Alternative zum Studium aufzuzeigen. Es ist keine Schande, nicht zu studieren – im Gegenteil! Gerade unsere duale Ausbildung ist ein Grundpfeiler unserer Wirtschaft, doch sie scheint in der Wahrnehmung vieler Menschen an Wertschätzung verloren zu haben. Diesen Blickwinkel müssen wir unbedingt wieder ändern, denn unsere mittelständische Wirtschaft sucht händeringend nach Nachwuchskräften.

Zu guter Letzt noch ein wichtiger Punkt: Die medizinische Infrastruktur ist einer der wichtigsten Bereiche der öffentlichen Daseinsvorsorge! Die Existenz von Krankenhäusern darf nicht von privaten Gewinninteressen abhängig sein. Gewinnabfuhr und Profitmaximierung gefährden den öffentlichen Versorgungsauftrag. Vor diesem Hintergrund muss man aus heutiger Sicht klar sagen: Die

Es gilt das gesprochene Wort!

Privatisierung von Krankenhäusern war ein Fehler und aus Fehler muss man lernen: – Ich lehne weitere Privatisierungen ab und werde mich für eine Rekommunalisierung stark machen, wenn private Betreiber die Gesundheitsvorsorge nicht mehr sicherstellen.

Liebe Genossinnen und Genossen,

ich könnte an dieser Stelle noch einige Themen ansprechen, die mir wichtig sind, aber noch wichtiger ist, dass wir zusammen in diesem Wahlkampf die Themen herausfiltern, die die Menschen in unserer Heimat bewegen, dass wir zusammen vor den Kaufhallen, auf den Marktplätzen, an den Haustüren für die Sozialdemokratie werben. Um es mit Arthur Schopenhauer zu sagen: „Der Mensch für sich allein vermag gar wenig und ist ein verlassener Robinson: nur in der Gemeinschaft mit den andern ist und vermag er viel.“

Ich möchte mich für eure Aufmerksamkeit bedanken, um euer Vertrauen und eure Zustimmung werben und stehe für Fragen gern zur Verfügung!

Glück auf!